Briefkasten
Freie Presse, Ressort Chef vom Dienst
Postfach 261
09002 Chemnitz.
Fax: 0371/656-17041
E-Mail: leserbriefe@freiepresse.de

LESEROBMANN

Zwei Seiten

REINHARD OLDEWEME

TELEFON: 0371 656-65666 (10-12 Uhr)
TELEFAX: 0371 656-17041
E-MAIL: leser-obmann@freiepresse.de

Zeit meines erwachsenen Lebens gehört der Nahostkonflikt zu den Themen, mit denen ich mich immer mehr oder weniger intensiv beschäftigt habe, wobei ich nicht mal ansatzweise davon ausgehen würde, mir wirklich viel Wissen angeeignet zu haben oder gar ein Experte zu sein. Zum anderen möchte ich kein Geheimnis daraus machen und es bewusst so formulieren, dass ich sehr darunter leide, dass es für diese Auseinandersetzung mit all ihren Kriegen und gewalttätigen Ausschreitungen keine friedliche Lösung gibt und vermutlich angesichts der Konfrontationspotenziale auch nicht geben kann. Ganz ehrlich? Nach dem Lesen des Berichtes über die jüngsten Zusammenstöße zwischen Palästinensern und der israelischen Armee im Gazastreifen mit 52 Toten und 2400 Verletzten hätte ich heulen können.

Diese Kolumne schreibe ich deshalb: Ich gehöre zu den Menschen, die keiner der beiden Seiten die Schuld für diesen Konflikt geben, und ich stehe dazu, dass ich die grundsätzliche Verantwortung für diese Auseinandersetzung weder auf der arabischen Seite suche oder vermute, noch dass ich davon ausgehe, sie auf der israelischen finden zu können. An dieser Stelle bin ich mir sicher: Vielen wird jetzt der Kamm schwellen angesichts meiner Haltung, denn sie sind fest davon überzeugt zu wissen, an wem es liegt, dass der Nahostkonflikt ein ungelöster ist, und wer dabei der Kriegstreiber ist, war und bleiben wird. Das weiß ich, weil diese Leute (es waren Hunderte in den vergangenen acht Jahren) mich anrufen, weil sie die Berichterstattung meiner Kollegen tendenziell, einseitig oder parteiergreifend empfinden. Ich betone: Beide Seiten in gleicher Anzahl melden sich bei mir.

Dass meine Kollegen in der Redaktion und vor allem die Korrespondenten vor Ort immer um größtmögliche Objektivität bemüht sind und alle Informationen in Zusammenhang mit beiden Konfliktparteien in ihre Berichte mit einfließen lassen, sage ich am Telefon immer; nur glaubt mir das selten einer der Anrufer, zu fest sind die Überzeugungen verankert, oft angereichert mit emotionaler Intensität. In den meisten Fällen komme ich gar nicht dazu, Überzeugungsarbeit zu leisten, meine Argumente werden höchstens registriert. Und auch hier gilt: Beide Seiten unterscheiden sich dabei nicht.

Was mich dabei an diesen Unterhaltungen über den Nahostkonflikt aber gewaltig stört beziehungsweise irritiert und was ich nicht akzeptieren will: Immer spreche ich davon, dass Gewalt (von dem Steinwurf bis zum Raketenabschuss und Bombenabwurf) und als schlimmste Folge ein Krieg niemals ein Weg sein werden, um dauerhaften Frieden in dieser Region zu erlangen und zu einer friedvollen Koexistenz von Arabern und Juden zu kommen. Es mag einer utopischen Vision gleichkommen, weil niemand wirklich daran glaubt: Ohne den dauerhaften Verzicht auf Krieg und Gewalt wird sich nichts ändern. Aber: Darüber wollen die Anrufer höchstselten und wenn überhaupt, dann nur kurz reden.

HINWEIS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwahrend zu bearbeiten. Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers und nicht die der Redaktion wieder. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Vorher sollte er mit uns sprechen

In dem Interview „Bundesbeauftragter: ‚Auf den Osten wird anders geschaut'" hat Christian Hirte beschrieben, welche Aufgaben er mit diesem Amt in Verbindung bringt. Diese Leser stimmen ihm zu, aber sehen das teilweise auch anders.

Die Frage lautet: Wer schaut wie auf den Osten? FOTO: JENS WOLF/DPA

Dann ordentlich Krach schlagen
Den Äußerungen kann nur bedingt zugestimmt werden. Hirte hat zwar recht, dass durch die Wende im Osten ein Selbstbewusstsein entstand. Jedoch war und ist unter der westdeutschen Bevölkerung auf Grund des höheren und eher erreichten Wohlstandes die Auffassung weit verbreitet, im Osten könne bzw. wolle man nicht richtig arbeiten und müsse dies erst noch lernen. Von der Politik wird diese Meinung befeuert, indem man betont, die Leistung der Ostwirtschaft betrage nur etwa 70 Prozent von der des Westens. Geschichtsvergessen, wie man hierzulande ist, wird dabei bewusst unterschlagen, dass die damaligen Westzonen ab 1948 Marshall-Hilfe in Milliardenhöhe erhielten, während Ostdeutschland bis 1953 fast 100 Milliarden Mark Reparationsleistungen an die Sowjetunion zu erbringen hatte. (...) Ein paar Bemerkungen zu dem Klischee, wir Ostbürger hätten keine Erfahrung im Umgang mit Ausländern. Seit Jahrzehnten betreiben im Osten Vietnamesen ihre Lebensmittel-, Schmuck- und Textilgeschäfte mit Fleiß und Freundlichkeit und werden gern besucht. Deren Kinder gehören in unseren Schulen zu den Besten. Will man uns diese problemlose Integrationsfähigkeit und -willigkeit zum Vorwurf machen? (...) Wenn im Osten befürchtet wird, dass Neuköllner Verhältnisse sich auf alle Städte ausbreiten könnten und deswegen auf die Straße gegangen wird, dann fällt es bestimmten Kreisen leicht, auf Grund der angeblichen Schwächen und Defizite und eines gewissen Elitedenkens dieser Kreise den Ostdeutschen ein neues Nazitum zu unterstellen. (...) Abschließend möchte ich Hirte empfehlen, wenn er den Osten ernsthaft vertreten will, dann bitte vorher noch intensiver mit uns Ostdeutschen sprechen, auch ostdeutsche Geschichtsquellen ernst nehmen und dann an den richtigen Stellen ordentlich Krach schlagen.
Siegfried Franz, Oelsnitz/E.

Er will sich wohl nur bedanken
Einiges ruft meine Empörung und Widerspruch hervor. Hirte spricht nicht in meinem Namen und wohl auch nicht im Namen der Mehrheit der Ostdeutschen. Mir scheint, er möchte sich bei seiner CDU-Führung für die Einsetzung als Ostbeauftragter bedanken. Seine Behauptung, es habe im Osten keine Aufarbeitung der eigenen Verantwortung im Nationalsozialismus gegeben, ist so falsch wie verletzend. Leider gab es in der DDR auch Menschen, die Friedensbemühungen, Erziehung zur Völkerverständigung und antifaschistische Bemühungen als Propaganda einordneten. Dagegen erfolgte die Aufarbeitung der Verantwortung im Faschismus in der BRD nur ansatzweise und war im Großen dort nicht gewünscht. Hirte hätte durchaus Gründe finden können, um klarzustellen, dass die Menschen in den alten Ländern viele Jahre von Verbrechern und Anhängern des Nazi-Regimes gelenkt und beeinflusst wurden. Erst in den letzten Jahren begannen Ministerien, Einrichtungen und Kirchen mit einer Aufarbeitung ihrer Verantwortlichkeiten. Wie kann ein Mensch, der mit 16 Jahren in die „Staatspartei" CDU eintrat, in der Lage sein, sachlich und objektiv für alle Menschen in den neuen Ländern zu sprechen? Ja, in der DDR wurde für Völkerfreundschaft geworben – es war keine Rhetorik, sondern Staatsziel. Manches hätte besser laufen können. Welche Schwächen und Fehler wurden in der Alt-BRD bei der Integration der ausländischen Arbeitskräfte gemacht? Hirte sagt, dass er es für seine Verpflichtung halte, stärker auf die gewachsenen Unterschiede hinzuweisen, die sich etwa auf Kultur und Wirtschaftsstruktur auswirken. Sie dürften sich nicht zu Nachteilen entwickeln. Na, da warte ich auf Vorschläge und Forderungen nach Beendigung der Kürzungspolitik beispielsweise bei ostdeutschen Theatern, Orchestern und Kultureinrichtungen oder des ÖPNV. Woran misst er die Lebensqualität im abgehängten Osten? Und findet er wirklich keine markanten Unterschiede zwischen Ost und West? Wenn alles gleich gut ist, wozu dann ein Bundesbeauftragter? Auch bei der Behauptung liegt er falsch: Beim Thema 1968 haben wir im Osten durchaus an Rudi Dutschke und das Aufbegehren vieler gegen das alte, mit Nazigrößen durchsetzte System in der BRD gedacht. Wir wussten diese hoffnungsvolle Bewegung einzuordnen. Also: Hirte ist auf Grund seiner lückenhaften Kenntnisse über historische Zusammenhänge und fehlender Bereitschaft zur Objektivität ungeeignet, uns Ostdeutsche als Beauftragter zu vertreten.
Peter Jattke, Treuen

Aus welchen Quellen schöpft er?
(...) Bei der Kinderbetreuung war der Osten besser und könnte es auch weiter sein, wenn beim Betreuungsschlüssel nicht so gespart würde. Und die Kinderbücher müssen auch nicht umgeschrieben werden. Bei seiner Äußerung, dass es im Osten keine Aufarbeitung der eigenen Verantwortung im Nationalsozialismus gegeben habe, möchte ich bemerken, dass er mit 41 Jahren noch recht jung und der CDU und katholischen Kirche verpflichtet ist, die offenbar viele Politiker stellt und überrepräsentiert ist. Aus welchen Quellen er da schöpft, weiß ich nicht. (...) Auch in der DDR konnte nach 1945 das Volk nicht ausgewechselt werden, aber Funktionäre oder Verantwortungsträger der Hitlerdiktatur kamen nicht in höhere Funktionen. Da passte auch die östliche Besatzungsmacht gut auf. Hat es da nicht auch Lager gegeben? Hier und in Sibirien? Nicht jeder kam zurück. Ob immer in den Nachkriegswirren wirklich die richtigen „großen" Täter verschickt wurden, ist nicht sicher. (...) Wir hatten durchaus im Alltag viele Kontakte zu (wohl ausgewählten) Ausländern in der DDR. Es gab die Vertragsarbeiter in den Betrieben, Studenten aus verschiedenen Ländern und darunter solche, die nach dem Studium hierblieben und heute z. B. in Arztpraxien das Gesundheitswesen vor dem Zusammenbruch retten helfen. Eine Diktatur war es – vom großen Bruder bevormundet und vom Westen ausgenutzt. Die „hervorragende und stabile wirtschaftliche Entwicklung im Osten" kann ich nicht erkennen; er wohl selbst auch nicht, denn die Hauptsitze der großen Industriebetriebe sind im Westen. Der Steuerzahler in Ost und West hilft seit 1990, dass die Milliarden von West nach Ost transferiert werden – genannt Fördermittel. Das politische Spitzenpersonal ist zunehmend aus dem Osten, in den höchsten Verwaltungen und den Gerichten ist das auf absehbare Zeit aber immer noch anders, und die Kanzlerin selbst – bringt uns ziemlich wenig – hat den Sachsen den Russlandexport weggenommen. (...)
Gerald Otto, Chemnitz

Hochschulen lagen nicht am Boden

Zu den Berichten „Wie viel Rente für Aufbau-Professoren ist gerecht?" und „Stange will Aufbau-Professoren helfen":

Dass die Ministerin einem auserwählten und abgegrenzten Personenkreis die Altersbezüge aufbessern will, ist anerkennenswert. Dabei soll eine Lösung „nicht zu neuem Unrecht führen". Altes Unrecht aus DDR-Zeiten genießt zum Teil Bestandsschutz und wurde allzu gern auch von einigen Professoren neuen Rechts übernommen. Bei aller Wertschätzung dieser Personengruppe hat nicht sie allein die Hochschulen neu aufgebaut. Zudem lagen Sachsens Hochschulen nicht am Boden. Sie hatten vieles zu bieten, was es zu erhalten und auszubauen galt; aber natürlich bedurfte es der Demokratisierung und Vergangenheitsbewältigung mit politisch-moralisch integeren Hochschulmitgliedern.

Diese waren bei vielen Hochschullehrern mit SED-Vergangenheit und dem damit verbundenen Bildungsauftrag (sozialistische Persönlichkeitsbildung und Hass dem Klassenfeind) nicht unbedingt zu erwarten. Waren es nicht Mitglieder des akademischen Mittelbaus – in der Summe weit weniger politisch vorbelastet –, die mit persönlichem Einsatz unter teilweise schwierigsten Bedingungen (Verantwortliche und Personen des öffentlichen Lebens, bekannt, aber totgeschwiegen) zum Überleben der Hochschulen beigetragen haben? Gab die Staatsministerin diesen engagierten Personen jemals Gehör? Hier sollte sie die Versäumnisse und damit Unrecht aufarbeiten. Auch hier tickt die biologische Uhr. Nicht unerwähnt bleiben soll der Einsatz des sonstigen Hochschulpersonals und vor allem der Studierenden, die auch in der schwierigen Phase des Umbruchs den sächsischen Hochschulen die Treue gehalten und sie mitgestaltet haben. Die Forderung der Aufbauprofessoren könnte Anstoß auch für die Medien sein zu recherchieren und zu publizieren: Was haben 25 Jahre Sächsisches Hochschulerneuerungsgesetz gebracht?
Renate Neumann, Freiberg

KURZ UND KNAPP

Zur Kolumne „Kurz, aber viel Unmut" des Leserobmanns:
Auch ich bin der Meinung, dass man Menschen am wirksamsten über den Weg des Geldbeutels zu einem gesünderen und umweltbewussteren Leben bewegen kann. Daher halte ich die steuerliche Förderung des Diesels für nicht mehr zeitgemäß. Der Verbrauchsvorteil des Dieselmotors wird durch den Kauf größerer Autos (SUV) und durch höhere Geschwindigkeiten auf der Autobahn mehr als ausgeglichen. Noch schlimmer ist die komplette Steuerbefreiung von Flugzeugtreibstoff, die zum Boom des Massenferntourismus mit all seinen negativen Auswirkungen auf Natur und Weltklima führt.
Gert Olescher, Chemnitz

Zum Bericht „Fahrverbote für Diesel in Hamburg":
Hamburg hat beim Fahrverbot für Dieselautos die erste Lachnummer gebracht. Toll, zwei Straßen dürfen bestimmte Autos nicht mehr befahren, sie müssen Messstellen umfahren. Super, was hier für die Umwelt getan wird. Kontrollieren wird das kaum jemand, zu zeitaufwendig und zu wenig Personal, und die Gesamtbilanz der Schadstoffe bleibt unverändert. Aber auch sonst ist Hamburg Vorreiter. So liegen für Kreuzfahrtschiffe Stromkabel bereit, damit sie die Dieselmotoren für die Energieversorgung nicht laufen lassen müssen. Superidee, nur nutzen die Schiffe das nicht – zu teuer.
Horst Ellinger, Bad Elster

Freifahrtschein für die Schiedsrichter

Zu Berichten über das nicht gegebene Tor beim Relegationsspiel des FC Erzgebirge Aue:

Nach den Abweisungen der Widersprüche zur Wertung des Spieles gegen Darmstadt wird der DFB selbst in Bedrängnis geraten. Er hat mit seiner konsequenten Zurückweisung der Tatsachen den Schiedsrichtern einen Freifahrtschein erteilt. Jegliche Entscheidungen der Schiedsrichter werden somit als gegeben betrachtet. Ein klares Tor kann damit jederzeit nicht anerkannt werden. Elfmeter können nach Belieben gegeben werden. Der Spielverlauf und die Sportlichkeit geraten in den Hintergrund. Das Ganze hat allerdings auch einen Vorteil. Nach dieser Haltung des DFB kann es auch einmal andere Mannschaften treffen als Aue. Wegen dieser Reaktionen darf man gespannt sein. Alle, die sich in Aue offiziell über diese Verfahrensweise negativ äußerten, wurden durch den DFB diskriminiert.
Manfred Görner, Burkhardtsdorf

Alles für ein schönes Leben

In der Reportage „Von der Hinterbank ins Blaue" ging es um Frauke Petry, die ehemalige Frontfrau der AfD. Dazu hat uns ein Leser seine eigene Sichtweise auf die Ereignisse mitgeteilt.

Frauke Petry muss sich auch im Bundestag mit der letzten Sitzreihe zufriedengeben. FOTO: GREGOR FISCHER/DPA

Den Artikel habe ich als ehemaliges AfD-Mitglied mit Interesse gelesen und zutreffend gefunden. Er hätte meiner Meinung nach noch schärfer hinsichtlich der Person von Frauke Petry formuliert sein können. Ich hatte 2013 gehofft und geglaubt, dass mit der neu gebildeten Partei AfD endlich eine Partei entsteht, die die Interessen der deutschen Bevölkerung vertritt. Eine, die den etablierten Parteien, die sich intensiv bemühen, Deutschland zu ruinieren, Paroli bietet. Nach meiner Meinung engagiert sich im „Ruinieren" von Deutschland die CDU unter der Führung von Angela Merkel am intensivsten. Die anderen Parteien stehen bis auf die CSU nicht viel nach. Unter der Leitung von dem Mitbegründer der AfD, Bernd Lucke, war das auch eine echte Alternative, indem der Kampf gegen den ökonomischen Schwachsinn des Euros seriös und sachkundig geführt wurde. Lucke war leider kein Parteistratege, eben „nur" Professor. Aber Frauke Petry, eine Frau, die ihr persönliches Leben fern aller Richtlinien der frühen AfD organisiert, wollte die alleinige Macht. Sie rief den Mob zu Hilfe, um Lucke zu stürzen. Dies gelang ihr auch auf dem Parteitag 2015. Dann holte sie 2017 unter dem Schirm der AfD ein Direktmandat für den Bundestag, obwohl sie schon der nun entstandenen „Rabaukenpartei" AfD überdrüssig war. Als sie das angestrebte Mandat hatte, erklärte sie ihren Austritt aus der AfD. Sie hat nun ein Landtags- und ein Bundestagsmandat und kann schön leben, und das ist legitim. Um so einen Lebensstil zu pflegen, muss man schon gewissenlos und kaltschnäuzig sein. So eine charakterlose Frau ist nun eine Vertreterin der deutschen repräsentativen Demokratie, welch eine Schande.
Hans-Henning Böhm, Oelsnitz/V.